

mitarbeiten 02/2021

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Netzwerk Bürgerbeteiligung



Fünf Empfehlungen für eine starke partizipative Demokratie

Die Forderung nach einer Stärkung der Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung steht seit geraumer Zeit im Zentrum öffentlicher Debatten. Im Vorfeld der kommenden Bundestagswahl legt das von der Stiftung Mitarbeit initiierte Netzwerk Bürgerbeteiligung nun fünf Empfehlungen vor, wie sich dieses Ziel erreichen lässt. Eine Leitfrage dabei lautet: **Wie kann eine belastbare und gleichzeitig innovative Demokratie auf allen politischen Ebenen ausgestaltet werden?**

Mit Beginn der Covid-19-Pandemie Anfang 2020 schien die Bürgerbeteiligung in Deutschland in Schockstarre gefallen zu sein. Doch das Bild trügt: Gerade Kommunen, die in Sachen Beteiligung und Engagement bereits gut aufgestellt waren, haben das Engagement und die Mitgestaltung ihrer Bürgerschaft auch während der Pandemiezeit nutzen können, um Demokratie und Zusammenhalt in schwierigen Zeiten zu stärken. Dennoch gilt: Insbesondere die Unzulänglichkeiten und unerwünschten Nebenwirkungen der Pandemiepolitik haben gezeigt, wie wichtig eine demokratisch aktive Bürgergesellschaft ist.

Vor diesem Hintergrund knüpft die aktuelle Fassung der demokratiepolitischen Agenda an ihre

Vorgängerin von 2014 an, indem sie fünf thematische Schwerpunkte hervorhebt, die besondere Aufmerksamkeit und gemeinsames Handeln erfordern. Ziel ist es, die von den Netzwerker/innen erarbeiteten Empfehlungen im Vorfeld der Bundestagswahl in die öffentliche Diskussion zur künftigen Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland einzuspeisen. Dabei verknüpft die demokratiepolitische Agenda Forderungen an die Gesetzgeber und politischen Entscheidungsträger/innen in Bund, Ländern und Kommunen mit solchen an die Zivilgesellschaft selbst.

Gelebte Beteiligung ist vor allem auf kommunaler Ebene von zentraler Bedeutung für die Weiterentwicklung unserer Demokratie. Diese erste Kernaussage illustrieren die

Autor/innen des Papiers an einigen Beispielen. Ein wesentliches Anliegen von Bürgerbeteiligung muss es demnach sein, die Mitwirkung möglichst vieler unterschiedlicher Menschen zu ermöglichen. Breit angelegte Beteiligung und die Einbindung von schwer erreichbaren Zielgruppen sind deshalb ein wichtiges Ziel partizipativer Praxis. Erfreulich ist, dass es auf kommunaler Ebene einen deutlichen Zuwachs von Beteiligungsformaten mit inklusivem Anspruch gibt, diese müssen weiter ausgestaltet und genutzt werden.

Zu einer lebendigen Beteiligungskultur gehören kommunale Partizipationsbeauftragte, die vor Ort für eine kontinuierliche und professionelle Bürgerbeteiligung sorgen und als Ansprechpartner/innen sowie als Bindeglied zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft dienen. Eine partizipative Stärkung der kommunalen Demokratie und Beteiligungskultur kann zudem nur gelingen, wenn sie von den Kommunalvertretungen gewollt wird. Hier gilt es für gewählte Gemeinderäte, »Beteiligungsbrücken« zu den Menschen in der Kommune zu bauen, wozu auch partizipativ erarbeitete kommunale Leitlinien für Bürgerbeteiligung gehören. Zugleich müssen Kommunalverwaltungen fit gemacht werden für den Ausbau von Bürgerbeteiligung. Mitarbeiter/innen benötigen entsprechende Handlungsspielräume und Kompetenzen, die ein obligatorischer Bestandteil der Verwaltungsbildung sein sollten.

Die zweite Empfehlung der demokratiepolitischen Agenda plädiert für den massiven Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Fakt ist: Mit dem Beitritt Deutschlands zur Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

»Fünf Empfehlungen...«

im Jahr 1992 ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Belangen rechtsverbindlich vorgeschrieben. Dennoch gibt es bis heute noch erhebliche Umsetzungsdefizite. Für zukunftsfähige politische Entscheidungen ist es jedoch unabdingbar, Kinder und Jugendliche gleichberechtigt und wirksam zu beteiligen. Das Papier fordert Kommunen, Landkreise und Bundesländer auf, Kinder- und Jugendparlamente und andere Formen offener und projektorientierter Beteiligung flächendeckend zu ermöglichen.

Drittens ist für das Netzwerk Bürgerbeteiligung die Auseinandersetzung mit dem digitalen Wandel und dessen Gestaltung für die Entwicklung unserer demokratischen Kultur von essenzieller Bedeutung. Der voranschreitende Einsatz digitaler Technologien wirkt sich tiefgreifend und demokratierelevant auf nahezu alle Lebensbereiche der Gesellschaft aus. Auch die Gefahren für die politische Kultur sind unübersehbar. Offensichtlich wird dies beispielsweise, wenn Algorithmen und künstliche Intelligenz das Vertrauen der Bevölkerung in Wahlen, öffentliche Diskurse und demokratische Institutionen aushöhlen.

Die digitale Kommunikation in den sozialen Medien verändert die für eine Demokratie unverzichtbare öffentliche politische Debatte. In einer fragmentierten Öffentlichkeit sind Polarisierung und Zuspitzung zu maßgeblichen Formen der Kommunikation geworden. Der Verlust von Wahrheit und gemeinsam geteilter Realität entwickelt eine zerstörerische Wirkung auf die offene und demokratische Gesellschaft. Die Veränderung trifft auch demokratische Rechte und Normen wie Gleichheit, Freiheit, Teilhabe, Transparenz oder Privatheit. Die Aufgabe wird sein, die Digitalisierung so zu gestalten, dass demokratische Prinzipien und Rechte gewahrt und weiterentwickelt werden. Grundlage für die gesellschaftliche Akzeptanz des digitalen Wandels ist eine intensive und glaubwürdige Beteiligung

der Zivilgesellschaft, beispielsweise bei der Entwicklung von Städten zu sog. »Smart Cities«.

Neben der Digitalisierung ist der Klimaschutz ein weiteres wichtiges Thema unserer Zeit. Um der Klimakrise zu begegnen bedarf es nach Auffassung des Netzwerks viertens solidarischer und demokratischer Handlungskonzepte auf allen politischen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Kontexten. Klimakrise und Klimaschutz haben Folgen für den Alltag und die Lebenswelt aller Menschen. Beteiligung kann hier Dialoge anstoßen und dazu beitragen, Ängste zu kanalisieren und Konflikte aufzubrechen. Es bedarf der Partizipation und Beteiligung an den Entscheidungen darüber, welche Maßnahmen ergriffen und wie sie umgesetzt werden sollen. Auch hier gilt: Insbesondere die Impulse der jungen Menschen müssen Gehör finden.

Nicht zuletzt spricht sich das Netzwerk fünftens für den Ausbau von Bürgerbeteiligung auf Länderebene aus. Auch die Landesre-

gierungen und Landesparlamente müssen intensiv daran arbeiten, ihre Einwohner/innen einzubinden, zum Beispiel durch die Etablierung von Bürgerforen. Darüber hinaus gilt es, die Beteiligung in planungsrechtlichen Verfahren weiter auszubauen. Erfahrungen in Baden-Württemberg im letzten Jahrzehnt haben zudem gezeigt, dass von einer beteiligungsorientierten Landespolitik auch starke Impulse für eine partizipative Kommunalpolitik ausgehen können. Zum Schluss appellieren die Autor/innen an die Regierungen in Bund und Ländern, Stabs- oder Koordinierungsstellen in den Regierungszentralen einzurichten, die die jeweiligen Beteiligungsaktivitäten bündeln und sichtbar machen.

Zurzeit sind etwa 800 Netzwerkerinnen und Netzwerker aus dem gesamten Bundesgebiet im Netzwerk Bürgerbeteiligung aktiv. Mehr Informationen über deren Arbeit im Netz unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de oder bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Forum für Demokratie und Bürgerbeteiligung 2021

Auf dem Weg in eine zukunftsorientierte Demokratie?

Deutschland befindet sich in weitreichenden Veränderungsprozessen. Ob Pandemie, Klimakrise, Digitalisierung oder steigende soziale Ungleichheit: Partizipation ist eine Schlüsselkompetenz zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, braucht es zukunftsweisende Entscheidungen, die von möglichst vielen Menschen getragen werden. Wie dies beteiligungsorientiert gelingen kann, zeigt das diesjährige Forum für Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Die Partizipation aller Menschen an politischen Entscheidungsprozessen ist eine Grundbedingung von Demokratie. Prof. Dr. Brigitte Geißel (Universität Frankfurt a. M.) zeigt in ihrem Eröffnungsvortrag, wie demokratische Innovationen unser politisches Gemeinwesen in die Zukunft führen können. Prof. Dr. Paul-Stefan Roß (Duale Hochschule Baden-Württemberg) skizziert, wieso eine zukunftsorientierte Demokratie neue Balancen in der Zusammenarbeit der Akteure erfordert. Und wieso eine starke partizipative Demokratie heute wichtiger denn je ist, erläutert Prof.

Dr. Roland Roth (Hochschule Magdeburg-Stendal) am Beispiel der demokratiepolitischen Agenda des Netzwerks Bürgerbeteiligung. Die Tagung (24.–26. September 2021 in Loccum) wendet sich an Interessierte aus Bürgerschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft. Das Forum für Demokratie und Bürgerbeteiligung wird zum 25. Mal in Kooperation zwischen der Stiftung Mitarbeit und der Evangelischen Akademie Loccum durchgeführt.

Nähere Informationen im Netz unter www.mitarbeit.de/forum_demokratie_2021 oder bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Bürgerbeteiligung aktuell: Tipps und Trends

Brauchen wir einen Neustart in der Bürgerbeteiligung? Wie kann es gelingen, Klimaschutz in einer Demokratie beteiligungsorientiert umzusetzen? Und wie lassen sich formelle und informelle Beteiligungsansätze nicht nur in Planungsprozessen sinnvoll miteinander verknüpfen? Das von der Stiftung Mitarbeit initiierte Netzwerk Bürgerbeteiligung liefert im Rahmen verschiedener Themenschwerpunkte praxisnahe Antworten auf diese und weitere aktuelle Fragen aus der Welt der Bürgerbeteiligung.

In der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens werden parlamentarische Entscheidungsprozesse zu gesellschaftlich wichtigen Themen seit 2019 durch Bürgerräte begleitet. Im Zentrum des sog. »permanenten Bürgerdialogs« steht eine Bürgerversammlung, an der maximal 50 zufallsausgewählte Bürger/innen teilnehmen können. Diese erarbeiten zu selbstgewählten Themen und Fragestellungen Vorschläge für das Parlament. Martin Enderle hat den Prozess in unserem Nachbarland von Anfang an begleitet. In einem Autorenbeitrag stellt er erste Ergebnisse vor und berichtet von seinen Erfahrungen.

Das belgische Beispiel zeigt: Bürgerräte werden immer häufiger als Elemente der politischen Beteiligung eingesetzt. Für Professor Hans-Liudger Dienel sind Bürgerräte eine demokratische Innovation mit viel Potential, das sich vor allem in der Kombination verschiedener demokratischer Legitimationsverfahren

zeigt. In seinem Beitrag wirft der Autor einen Blick auf die Grundlagen partizipativer, direkter und parlamentarischer Demokratie und plädiert für mehr Mut, die damit zusammenhängenden verschiedenen demokratischen Ansätze und Verfahren zu kombinieren. Damit ließen sich insbesondere konfliktreiche Themen wie Klimaschutz erfolgreich bearbeiten.

Demokratie und Bürgerbeteiligung stehen unter anderem durch globale Transformationsprozesse und steigende Polarisierung zunehmend unter Druck. Vor diesem Hintergrund kann die politische Erwachsenenbildung einen zentralen Beitrag zur Stärkung von Teilhabe und Partizipation in unserer Gesellschaft leisten. Benjamin C. Sack macht deutlich, dass politische Bildung neben der Vermittlung von Informationen, Kenntnissen und Wissen auch die persönlichen Potentiale der Menschen stärken und sie zu mehr Beteiligung ermutigen

kann: Teilnehmer/innen erleben sich durch bestimmte Formate der Erwachsenenbildung beispielsweise als selbstwirksam und handlungsfähig. Allerdings stellt dies aus seiner Sicht auch neue Anforderungen an die gesellschaftspolitische Bildungsarbeit: Erwachsenenbildung müsse »verstärkt den Dreiklang aus politischer Bildung, kultureller Bildung und Beteiligungsverfahren aufnehmen und somit den akuten Gefahren, vor denen die Demokratie steht, angemessen entgentreten«.

In Bürgerbeteiligungsprozessen scheint insbesondere das Sozialkapital von besonderem Wert zu sein, das zwischen Gruppen völlig unterschiedlicher Menschen entsteht. Es schafft die Möglichkeit, Brücken zu bauen, und es eröffnet Wege, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten. Für die Praxis der Bürgerbeteiligung heißt dies unter anderem, dass niederschwellige Räume für Dialog etabliert und Perspektivwechsel ermöglicht werden sollten. Was dies im Alltag konkret bedeutet und welche Rolle Erdmännchen dabei spielen, erläutern Philipp Morath und Corinna Walz am Beispiel eines aktuellen Projekts der Bürgerstiftung Stuttgart.

Der eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung erscheint kostenlos viermal im Jahr. Alle Ausgaben, Themenschwerpunkte sowie ausführliche Informationen für Netzwerker/innen und alle, die es werden wollen, im Netz unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Internetportal Wegweiser Bürgergesellschaft

Praxis Bürgerbeteiligung: Potentiale und Methoden

Bürgerbeteiligung ist ein Handwerk, das sich lernen lässt. Zu diesem Handwerk gehört auch das Wissen um die Methoden, Verfahren und Anwendungsbereiche dialogorientierter Bürgerbeteiligung. Das von der Stiftung Mitarbeit getragene Internetportal »Wegweiser Bürgergesellschaft« hat nun eine alphabetische Auflistung ausgewählter Methoden und Verfahren der Bürgerbeteiligung nebst entsprechenden guten Praxisbeispielen freigeschaltet.

Die repräsentative Demokratie ist auf dialogorientierte, deliberative Formen der Bürgerbeteiligung angewiesen. Klug eingesetzte und professionell durchgeführte Bürgerbeteiligung hilft dabei, die Leistungsfähigkeit der Demokra-

tie zu erhöhen. Doch wie geht gute Bürgerbeteiligung heute? Welche Verfahren und Methoden werden wann, wie und warum genutzt? Und welche guten Beispiele aus dem vielfältigen Beteiligungsalltag in Städten und Kommunen gibt es?

Von Aktivierender Befragung bis Zukunftskonferenz: die vollständig überarbeitete und aktualisierte Datenbank umfasst etwa 30 Verfahren und erklärt deren jeweiligen Mehrwert und »Leistungsfähigkeit« durch eine auch grafisch aufbereitete Potenzialanalyse. Vorgestellt werden erprobte und der (Fach-) Öffentlichkeit geläufige Methoden ebenso wie weniger bekannte Formate und Verfahren. Aktuelle Praxisbeispiele zu jeder Methode runden das Angebot ab.

Das Angebot im Netz unter www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/buergerbeteiligung-in-der-praxis-methoden-und-verfahren-von-a-z/

Bürgerbeteiligung in der digitalen Stadt

In Städten wie Berlin, Ulm und Frankfurt gibt es bereits kommunale Planungen für eine »Smart City«. Andere wollen zu smarten Städten werden, wieder andere sind sich nicht sicher, ob und wie sie das Thema Digitalisierung in Städten und Kommunen angehen sollen. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind als Nutzerinnen und Nutzer der Mobilitätsangebote, als Kunden der digitalen Verwaltungsangebote oder als Einwohnerinnen und Einwohner eines smarten Quartiers von den Smart-City-Konzepten unmittelbar betroffen. Es liegt daher nahe, die Entwicklung der Digitalisierungsstrategie gemeinsam mit den Bürger/innen und weiteren Akteuren aus der Zivilgesellschaft anzugehen. Im Mittelpunkt des Seminars (Freitag, 3. – Samstag,

4. September 2021 in Frankfurt am Main) stehen daher die partizipativen Prozesse von großen und kleinen Städten und Kommunen, die ihre Bürgerinnen und Bürger an der Erarbeitung von Leitideen zu ihrer digitalen Stadt beteiligen. Welche Beteiligungsformate wurden gewählt? Wie wurde das Wissen zu digitalen Themen vermittelt? Wie entstanden die ethischen Leitlinien für den Digitalisierungsprozess? Was waren die Ziele der Beteiligung und wie sind die Ergebnisse zu beurteilen? Das Seminar richtet sich an Interessierte aus Verwaltung, Verbänden, Vereinen und Initiativen.

Nähere Informationen bei Dr. Sybille De La Rosa (delarosa@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Interkulturell kompetent, demokratisch fit

Interkulturelle Kompetenz wird in der ehrenamtlichen Vereinsarbeit, in Non-Profit-Organisationen oder auch in kommunalen Verwaltungen immer wichtiger. In dem Zusammenhang stellen sich vielerorts Fragen: wie sprechen wir welche Zielgruppen an? Wie können Alt-ingesessene und Zugewanderte zusammen etwas bewegen? Wie lassen sich schwelende Konflikte ausräumen? Und wie gelingt die interkulturelle Zusammenarbeit in Kommunen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen? Gute Antworten auf diese Herausforderungen finden

sich in neuen, manchmal aber auch in alten demokratischen Ideen und Methoden. Die Demokratie liefert Antworten auf die Frage, wie ganz unterschiedliche Personen friedlich kooperieren und zusammenleben können. Einige dieser Antworten müssen nur auf unsere aktuellen Kontexte übertragen werden. Das Seminar (Freitag, 1. – Samstag, 2. Oktober 2021 in Bochum) wendet sich an Interessierte aus Vereinen, Verbänden und Verwaltungen.

Nähere Informationen bei Dr. Sybille De La Rosa (delarosa@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Appreciative Inquiry als unterstützende Methode in der Quartiersarbeit

Um etwas bewegen zu können, sind nicht nur Kompetenzen, Vernetzung oder politische Einflussnahme wichtig. Ebenso wichtig ist das individuelle oder gemeinschaftliche Zutrauen, etwas bewegen zu können. »Appreciative Inquiry« (dt.: wertschätzende Erkundung) ist eine werteorientierte Methode zur Gemeinwesen- und Organisationsentwicklung, die für die Arbeit mit großen Gruppen weiterentwickelt worden ist. Sie ist keine Methode im klassischen Sinn, vielmehr eine Grundhaltung und Philosophie. Sie richtet den Fokus auf das Beste im

Gemeinwesen und in Organisationen. Doch wie lässt sie sich im eigenen Alltag und Kontext nutzen? Unter dem Motto »Wir können das und wir schaffen das! Appreciative Inquiry als unterstützende Methode in der Quartiersarbeit« wird in diesem praxisnahen Workshop (10. – 11. September 2021 in Magdeburg) der Ansatz vorgestellt. Der Workshop wendet sich an Haupt- und Ehrenamtliche aus der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Workshop

Wirksam werden: Kampagnenplanung

Kampagnen sind eine zeitlich befristete Form des Zusammenwirkens verschiedener aufeinander aufbauender und strategisch geplanter Aktivitäten. Mit Kampagnen sollen konkrete politische Veränderungen bewirkt werden. Was macht eine gute Kampagne aus? Was sind die Möglichkeiten und Grenzen von Kampagnenarbeit? Wie sieht eine erfolgreiche Kampagnenplanung aus? Der Workshop (15.–16. Oktober 2021 in Verden) gibt einen ersten Einstieg zum Thema Kampagnenarbeit. Politische Gruppen lernen die Praxis kampagnenorientierten Arbeitens kennen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigen sich mit verschiedenen Typen und praktischen Beispielen erfolgreicher Kampagnenarbeit und entwickeln Ansätze für die eigene Praxis. Der Workshop findet in Kooperation mit der Bewegungskademie statt und richtet sich an Aktive und Engagierte in politischen Initiativen und Gruppen.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstr. 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24–0
Telefax (02 28) 6 04 24–22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender),
Beate Moog

Stiftungsrat: Ulrike Sommer (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung Mitarbeit wird vom
Bundesministerium des Innern, für Bau und
Heimat gefördert.